

E-Mail-Newsletter

Nr. 185, 6. Juni 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Über 9 Millionen Menschen hat der syrische Bürgerkrieg in die Flucht getrieben. Gerade mal ca. 650 Personen sind über die deutschen Aufnahmeprogramme bisher in Baden-Württemberg tatsächlich angekommen und vor der „syrischen Hölle“ gerettet worden. Der syrische Bürgerkrieg und das dadurch entstandene millionenfache Flüchtlingselend stehen auch im Mittelpunkt der nächsten **Plenumstagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg am 12. Juli in Stuttgart**, zu der wir Sie an dieser Stelle herzlich einladen wollen. Als Hauptreferenten konnten wir den SWR-Journalisten und Syrikenner Jörg Armbruster gewinnen. Das gesamte Programm und die Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der Startseite unserer Homepage www.fluechtlingsrat-bw.de

An dieser Stelle möchten wir Sie auch gleich noch auf die **flüchtlingspolitische Herbsttagung in der [Ev. Akademie Bad Herrenalb](#)** hinweisen. Vom 19. bis 21. September stehen dort „Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und seine Umsetzung“ im Mittelpunkt von Vorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen.

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz für Baden-Württemberg und die vielerorts sichtbare große Bereitschaft, Flüchtlinge zu unterstützen, lassen hoffen. Doch der Willkommenskultur weht ein harter Wind entgegen. Zu allem, womit wir schon immer zu kämpfen haben, kommen jetzt noch neue Gesetzespläne aus Berlin hinzu. Die Balkanstaaten sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden und ein orwellisches „**Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung**“ soll massive Verschärfungen bringen (siehe Artikel) und droht die im Paket befindliche lang ersehnte Bleiberechtsregelung auszuhebeln. Es gibt also auf allen Ebenen mehr als genug Anlass für beherztes Engagement.

In diesem Sinne mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Stadt- und Landkreise schaffen weitere UnterbringungsKapazitäten

Neben der Errichtung von Containern und Systembauten wird auch zur Bereitstellung von Wohnungen aufgerufen
Überall im Land intensivieren die Stadt- und Landkreise ihre Anstrengungen, um die weiter steigende Zahl an Flüchtlingen unterbringen zu können. Die Stadt Stuttgart etwa reagiert auf die erwartete Zunahme mit der Errichtung von "Systembauten" in 6 Stadtbezirken. Durch die Investition von über 21 Millionen Euro sollen Plätze für weitere 1.038 Menschen geschaffen werden. Die Stadt Schwäbisch Gmünd bleibt ihrer Vorreiterrolle treu und plant als Ersatz für die bisherige Flüchtlingskaserne eine - äusserlich sehr ansehnliche - vierteilige Anlage. In anderen Kreisen werden zunehmend - weniger ansehnliche und vermutlich vergleichsweise kostengünstigere - Wohncontainer aufgestellt. Die Städte Freiburg und Heidelberg dagegen riefen Wohnungseigentümer öffentlich dazu auf, Wohnungen an Flüchtlinge zu vermieten. OB Salomon in der BZ: *"Flüchtlinge sind Menschen, die es bei der Wohnungssuche am Schwersten haben. Helfen Sie uns, diese Familien menschenwürdig in Wohnungen unterzubringen."* Aktuelle Presseberichte aus zahlreichen Stadt- und Landkreisen: [Weiterlesen ...](#)

Neue Asylkreise im ganzen Land - Die Bereitschaft zum Engagement ist groß

Landesweit entstehen derzeit neue Flüchtlingsunterkünfte und mit ihnen steigt auch das ehrenamtliche Engagement vor Ort. Immer mehr Helfer/-innen schließen sich zu Asylarbeitskreisen und Freundeskreisen für Flüchtlinge zusammen. Zusammen wollen sie zu einer besseren Willkommenskultur beitragen. Sie organisieren unter anderem Deutschunterricht für die Flüchtlinge, nehmen Spenden (Geld- wie Sachspenden) entgegen oder bieten Hausaufgabenbetreuung für die Kinder an. Asylbewerber werden bei Behördengängen unterstützt und Treffen zum Kennenlernen werden geplant. Wer helfen will, kann sich vor Ort einer Initiative anschließen oder beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg nachfragen. [Weiterlesen ...](#)

Aufnahme syrischer Flüchtlinge läuft schleppend

Die Gesamtzahl der Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg fliehen mussten, beläuft sich mittlerweile auf über 9 Millionen. Demgegenüber erscheinen die Aufnahmeprogramme von Bund und Ländern wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Hinzu kommt, dass von den 10.000 Personen, die Deutschland bisher bereit ist, aufzunehmen, erst 4.200 einreisen konnten. Allein im 2. Bundesprogramm gab es 22.000 Anträge. Baden-Württemberg hat bisher im Rahmen des Bundesprogramms 420 Personen aufgenommen. Der Aufnahmeprozess läuft laut einem Sprecher des Innenministeriums "schleppend" (StZ 2.6.2014) Auf eine Landtagsanfrage der Grünen (LT-Drs. 15/5079) berichtete das Integrationsministerium am 11. April, dass im Rahmen des Landesprogramms (2 mal 500 Personen) bis dato 227 Personen aufgenommen wurden. Im Rahmen des 2. Bundesprogramms wurden in BaWü bisher 101 Personen aufgenommen, bei 4.281 Anträgen aus BaWü.

- 11.04.2014 Landtag von Baden-Württemberg: Stellungnahme des Ministeriums für Integration: Aufnahme syrischer Kontingentflüchtlinge. [Drucksache 15/5079](#) (PDF).

- 19.05.2014 Pforzheimer Zeitung: [Flucht aus Syrien: „Wir haben Bomben fliegen sehen“](#)

Roma haben kein „sicheres Herkunftsland“ – Appell an die Landesregierung

Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina sollen als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, so will es ein Gesetzentwurf der CDU/CSU/SPD-Regierung. Noch muss das Gesetz den Bundesrat passieren. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und andere Organisationen appellieren an die Landesregierung von Baden-Württemberg, den von der Bundesregierung am 30. April 2014 beschlossenen Gesetzentwurf, mit dem Flüchtlingen aus diesen Staaten der Zugang zum Asylrecht verwehrt werden soll, im Bundesrat die Zustimmung zu versagen. Der Flüchtlingsrat ruft Organisationen und Initiativen auf, den Appell bis zum 30. Juni zu unterzeichnen. [Weiterlesen ...](#)

- [Appell an die Landesregierung von Baden-Württemberg: Keine Zustimmung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zu „sicheren Herkunftsstaaten“](#) als PDF-Dokument

- [Online unterzeichnen](#) (Nur Initiativen, Vereine, Organisationen – bitte keine Einzelpersonen...)

- **Offener Brief des „Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung“ an die Landesregierung von Baden-Württemberg.**

Der offene Brief fordert ein generelles humanitäres Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge und damit auch ein NEIN der Landesregierung zu dem geplanten Gesetzesvorhaben. Link zum Freiburger Forum: [Offener Brief an die Landesregierung](#)

Roma-Familie aus Konstanz abgeschoben

Nächtliche Abschiebung, obwohl bereits über 1000 Bürgerinnen und Bürger für den Verbleib der Kinder eine Petition unterzeichnet haben

In der Nacht vom 20. auf 21. Mai 2014 ist eine Familie aus der Konstanzer Steinstraße mit ihren vier Kindern aus dem Schlaf gerissen und von der Polizei abtransportiert worden. Aus dem Bericht von Konstanzer

Unterstützern: [Weiterlesen ...](#)

- Link zur Petition ["Alle Kinder bleiben hier! Keine Abschiebung von Roma aus Konstanz"](#)

Bleiberechtsnetzwerke und Regionaldirektion der Agentur für Arbeit fördern bessere Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Fortbildungsprogramm für Mitarbeiter/-innen der Arbeitsagenturen und Jobcenter startete am 7. Mai in Waiblingen In Kooperation mit der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit führen die in Baden-Württemberg im Rahmen des „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“ geförderten Bleiberechtsnetzwerke eine Fortbildungsreihe für Mitarbeiter/-innen der Arbeitsagenturen und Jobcenter durch. In allen 19 Agenturbezirken werden im Laufe des Jahres Fach-Fortbildungen angeboten.

[Weiterlesen ...](#)

Literaturhinweis: [Flüchtlinge - Kundinnen und Kunden der Arbeitsagenturen und Jobcenter](#), (Dokument als PDF), [zur](#)

In aller Kürze:

17.04.2014 Deutschlandfunk – DLF-Magazin: [„Flüchtlinge für die Gartenschau“](#) Bericht über den Einsatz von Flüchtlingen bei der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd

25.04.2014 SWR Landesschau aktuell Baden-Württemberg: [„Asylbewerber werden für Arbeitsmarkt fit gemacht“](#) Link zu Fernsehbeitrag SWR Mediathek) Bericht über das Modellprojekt von Arbeitsagenturen, BAMF und Bleiberechtsnetzwerken am Standort Freiburg

09.05.2014 Stuttgarter Nachrichten: [„Asylbewerber muss Fahrtkosten nicht zahlen“](#) Das Land Baden-Württemberg muss die Kosten für Fahrten der Polizei mit Ausländern zu Botschaften in Berlin übernehmen, wenn sie nicht erforderlich waren. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im Fall eines in Stuttgart lebenden Asylbewerbers entschieden

- 16.05.2014 13.05.2014 Rhein-Neckar-Zeitung: [„Landratsamt erschwert ärztliche Hilfe für Flüchtlinge in Schwetzingen“](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Bereits fast 50.000 Asylanträge von Januar bis April 2014

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist weiter gestiegen. In den ersten 4 Monaten des Jahres 2014 wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insgesamt 49.780 Asylanträge entgegen genommen. Davon waren 43.519 Erstanträge und 6.261 Folgeanträge. Dies stellt gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eine Steigerung von 62,4 Prozent, bzw. 80,6 Prozent dar. Im April gab es 10.199 neue Asylverfahren. Die Hauptherkunftsländer im April waren Syrien (1.676), gefolgt von Serbien (858), Albanien (649), Afghanistan (639), Eritrea (476) und Somalia (468). Die Gesamtschutzquote für alle Herkunftsländer liegt im bisherigen Jahr 2014 bei 24,8 Prozent. Neben vergleichsweise hohen Schutzquoten für Antragsteller/innen aus Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Eritrea, Somalia liegt die Schutzquote bei Antragsteller/innen aus den Balkanstaaten weiter sehr niedrig bei unter 0,5 % (Kosovo 1,0%). [Weiterlesen ...](#)

Bundesregierung plant Gesetzespaket zur Verschärfung des Asylrechts

Vor Kurzem legte das Bundesinnenministerium einen Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ vor. Mit diesem Gesetz sollen nach dem Willen der Verfasser massive Verschärfungen vorgenommen werden. Neben einer Ausweitung der Abschiebehaft sind vor allem umfassende Möglichkeiten der Inhaftierung von Asylsuchenden vorgesehen, die sogar über das Repertoire, das die EU-Aufnahmerichtlinie umfasst, hinausgehen. Desweiteren sollen auch die Möglichkeiten der Verhängung von Einreise- und Aufenthaltsverboten (§ 11 AufenthG) stark ausgeweitet werden. Letzteres könnte auch die ebenfalls in diesem Paket vorgesehene und lange ersehnte neue gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 25 b AufenthG) für viele Langzeitgeduldete aushebeln, die in der Zeit ihres geduldeten Aufenthalts nicht freiwillig ausgewandert sind. Der baden-württembergische Innenminister Rheinhold Gall kann sich laut Staatsanzeiger eine Verschärfung des Asylrechts vorstellen, warnt aber vor Populismus. Der Gesetzesentwurf befindet sich derzeit im Anhörungsverfahren. Wohlfahrtsverbände und andere Institutionen können Stellungnahmen einreichen.

- 09.05.2014 07:34 Süddeutsche Zeitung: [„Perfidie in Paragrafenform“](#) (Kommentar von Heribert Prantl)

- 15.05.2014 Staatsanzeiger Baden-Württemberg: ["Gall kann sich Verschärfung des Asylrechts vorstellen"](#)

- 23.05.2014 Taz: [„Migration ist kein Verbrechen“](#) Die Bundesregierung will die Abschiebehaft ausweiten. Doch die Grundrechte von Flüchtlingen dürfen nicht immer stärker beschnitten werden.

Forderung nach weiterer Aufnahme syrischer Flüchtlinge

Die Bundesregierung plant offenbar, weitere syrische Flüchtlinge aufzunehmen. PRO ASYL fordert, dass 80.000 Menschen einreisen dürfen - für rund so viele Personen wurden bei den Bundesländern Aufnahmeanträge gestellt. Dies ergibt sich auch aus der Antwort des Integrationsministeriums von Baden-Württemberg auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Grünen ([Drucksache 15/5079](#)). Angesichts der mittlerweile über 2,7 Millionen Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg in die Nachbarstaaten geflohen sind, fordert PRO ASYL darüber hinaus, syrischen Flüchtlingen endlich ungehinderten Zugang zu Schutz in Europa zu gewähren. Mit einer spektakulären Aktion mit Bezug zum deutschen Flüchtlingsselend während des Nationalsozialismus ("Danke, Manuela Schwesig") hat das "Zentrum für Politische Schönheit" die Aufnahme von 55.000 syrischen Flüchtlingskindern gefordert.

- 14.05.2014 PRO ASYL: [Aufnahme syrischer Flüchtlinge - Anträge für rund 80.000 Menschen liegen vor](#)

- 21.05.2014 PRO ASYL: [Syrische Flüchtlingskrise: Schutzsuchende aufnehmen – Europas Abschottung beenden](#)

- 05.06.2014 PRO ASYL: [Gleichgültigkeit beenden – syrische Flüchtlinge aufnehmen!](#) Das EU- Innenministertreffen in Luxemburg steht im Zeichen der syrischen Flüchtlingskrise. PRO ASYL fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre beschämende Gleichgültigkeit zu beenden und Flüchtlinge aufzunehmen.
- 13.05.2014 Taz: [Ihr Kinderlein, kommet! Aktionskünstler fordern Regierung heraus. Ein „Soforthilfeprogramm des Bundes“ soll 55.000 syrischen Kindern in Deutschland eine Heimat geben.](#)
- 13.05.2014 Süddeutsche Zeitung: [„Fingierte Hilfsaktion "Danke, Manuela Schwesig“](#)

Nur 300 "Ortskräfte" dürfen kommen

Deutschland lehnte Aufnahmeanträge von fast 500 afghanischen Helfern ab

Die Bundesregierung hat 476 Anträge von afghanischen Ortskräften, die z.B. als Übersetzer für die Bundeswehr gearbeitet haben, abgelehnt, obwohl diese in Afghanistan gefährdet sind. 300 Anträge wurden angenommen. Dies ergab die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen (BT-Drs. 18/1264). 110 Betroffene wären bisher in Deutschland bereits zusammen mit 242 Familienangehörigen eingereist. Etwa 200 Anträge seien noch in Bearbeitung.

- 05.05.2014 Zeit Online: [„Regierung verweigerte bereits 476 afghanischen Helfern die Einreise“](#)

Schwere Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Bulgarien

PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordern Abschiebungsstopp

PRO ASYL und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen liegen Berichte von syrischen Flüchtlingen vor, die sehr detailliert erniedrigende Behandlung und schwere Misshandlungen bei ihrem Aufenthalt in bulgarischen Flüchtlings- und Haftlagern beschreiben.

- 23.05.2014 Presseerklärung PRO ASYL und Flüchtlingsrat Niedersachsen: ["Schwere Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen in Bulgarien"](#)

- 25.04.2014 PRO ASYL: [Bulgarien: Brutale Push-backs an der türkischen Grenze.](#)

Zu ganz anderen Einschätzungen kommt die Bundesregierung:

- 03.06.2014 Heute im Bundestag: Antwort der Bundesregierung ([18/1446](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([18/1292](#))

In aller Kürze / Infos und Materialien:

28.04.2014 PRO ASYL: [Gericht spricht Roma aus Serbien Schutz zu.](#) Während die Große Koalition ein Gesetz vorbereitet, das Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu „sicheren Herkunftsländern“ von Asylsuchenden erklärt und Asylanträge aus diesen Ländern pauschal abwehren soll, hat ein Stuttgarter Gericht zwei Angehörige der Romaminderheit in Serbien als Flüchtlinge anerkannt. [Das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart im Wortlaut](#)

- 30.04.2014 asyl.net: [„EU beanstandet Abschiebungshaft und Sprachanforderungen“](#) Generalanwälte beim EuGH beanstanden Abschiebungshaft und Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug

- 30.04.2014 PRO ASYL Rechtsgutachten: ["Serbien, Mazedonien und Bosnien und Herzegowina: Zur faktischen und rechtlichen Bewertung des Gesetzgebungsvorhabens der Großen Koalition zur Einstufung von Westbalkanstaaten als „sichere Herkunftsstaaten“ \(PDF\). Zusammenfassung des Rechtsgutachtens \(PDF\)](#)

- 30.04.2014 Komitee für Grundrechte und Demokratie: Aufruf ["Roma-Flüchtlinge haben kein „sicheres Herkunftsland“ – Menschenrechtsorganisationen lehnen Gesetzentwurf der Bundesregierung ab"](#)

- 12.05.2014 Taz: [„Ein Obdach nur an der Kirche“](#) Die afrikanischen Flüchtlinge vom Alexanderplatz haben ihren Hungerstreik beendet und sind zur Gedächtniskirche umgezogen – ihr Wunsch nach Kirchenasyl dort wurde abgelehnt

- 17.05.2014 Pforzheimer Zeitung: [„Ärztepräsident will bessere medizinische Versorgung für Flüchtlinge“](#)

- 20.05.2014 ZDF Reportage der Sendereihe zdf-zeit: ["Riskante Reise"](#) - über die Versuche von politisch Verfolgten und anderen Flüchtlingen Schutz in Europa zu finden

- 21.05.2014 Frankfurter Rundschau: [„Niederlande sind unzumutbar“](#)

- 22.05.2014: Gemeinsame Presseerklärung der Flüchtlingsräte Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen: ["Flutkatastrophe im Balkan: Abschiebestopp jetzt!"](#)

- 23.05.2014 [Rede von Dr. Navid Kermani](#) zur Feierstunde „65 Jahre Grundgesetz“ Zitat: "Ausgerechnet das Grundgesetz, in dem Deutschland seine Offenheit auf ewig festgeschrieben zu haben schien, sperrt heute diejenigen aus, die auf unsere Offenheit am dringlichsten angewiesen sind: die politisch Verfolgten. Ein wundervoll bündiger Satz - „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“ - geriet 1993 zu einer monströsen Verordnung aus 275 Wörtern, die wüst aufeinandergestapelt und fest ineinander verschachtelt wurden, nur um eines zu verbergen: dass Deutschland das Asyl als Grundrecht praktisch abgeschafft hat. (Beifall)..:"

- 26.05.2014 PRO ASYL: [„Nach EU-Wahlen: Warnung vor Rechtsruck in Asyl- und Migrationspolitik“](#)

- 01.06.2014 Süddeutsche Zeitung: [„Mehr als 3000 Flüchtlinge erreichen Italien – an einem Tag“](#) Bereits jetzt haben in diesem Jahr mehr Flüchtlinge die italienischen Küsten erreicht als im ganzen vergangenen Jahr.

- 04.06.2014 Präsentation des [Grundrechtereports 2014](#)

Deutsches Rotes Kreuz (Hg.) (04/2014): [Erläuterungen zum Asylverfahrensgesetz – Vorgerichtliches Verfahren \[PDF\]](#) (Broschüre, aktualisierte Fassung April 2014) Die Broschüre stellt zunächst europarechtliche Grundlagen des Asylverfahrens dar und geht anschließend detailliert auf den Verfahrensablauf und die verschiedenen Möglichkeiten von Entscheidungen im Asylverfahren ein. Darüber hinaus werden auch Sonderformen des Verfahrens (etwa das Flughafenverfahren, das sog. "Dublin-Verfahren", Folgeverfahren sowie Widerrufe und Rücknahmen) behandelt. Das abschließende Kapitel beschäftigt sich mit den aufenthaltsrechtlichen Folgen einer Anerkennung. In der überarbeiteten Fassung werden gesetzliche Neuerungen insbesondere durch EU-Richtlinien und die Dublin-III-Verordnung berücksichtigt.

PRO ASYL (Hg.) (05/2014): **Gemeinsam gegen Rassismus. Tag des Flüchtlings 2014.** 56 Seiten. Mit zahlreichen Artikeln zu allen relevanten Themenbereich der Flüchtlingspolitik in Deutschland. Die Broschüre erschien auch als Rundbrief 03/2014 des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Sie kann in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats telefonisch oder online (<http://fluechtlingsrat-bw.de/materialbestellung.html>) bestellt werden. [Rundbrief als PDF](#)

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Do, 05.06.2014, 19.30 Uhr, Württembergischer Kunstverein, Stuttgart

Situation Europas an den Außengrenzen und die Situation der Flüchtlinge in und um Europa

Infoveranstaltung mit Stephan Schmidt, ehem. Kapitän der Cap Anamur

Veranstalter: The Voice Ba.-Wü. und "Flüchtlinge für Flüchtlinge" in Kooperation mit "Die Anstifter"

Do, 03.07.2014, 9.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart

Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit

Veranstalter: Diakonisches Werk Württemberg

Sa, 12. Juli 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Martinsgemeindehaus, Nordbahnhofstr. 58

Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Syrische Flüchtlingskrise: Flüchtlinge aufnehmen - Europas Abschottung beenden

zu Programm und Anmeldung: [Weiterlesen ...](#)

Di, 15.7., 17-22 Uhr und Sonntag, 20.7., 11-22 Uhr, Marktplatz Stuttgart

Infostand des Flüchtlingsrats beim Sommerfestival der Kulturen in Stuttgart

Informationen zum [Sommerfestival der Kulturen](#)

Flüchtlings-Floß-Tour 2014. Neue Tour von Heinz Ratz mit der Band Strom & Wasser

Nachdem Heinz Ratz und seine Band "Strom & Wasser" schon in den letzten beiden Jahren spektakuläre Erfolge durch ihre vielen Konzerte mit Musikern aus Flüchtlingslagern feiern konnten, widmet sich Ratz noch einmal dem Flüchtlingsthema: Am 14.07. wird er mit zwei bis drei großen Flößen aufbrechen, umgestaltet zu Flüchtlingsbooten, die ihn und eine Begleitcrew aus Flüchtlingen und deutschen UnterstützerInnen main-, neckar- und rheinabwärts und dann entlang des Mittellandkanals bis nach Berlin führen.

In Baden-Württemberg wird es folgende Konzerttermine geben:

28.07.2014 Tübingen, Sudhaus

29.07.2014 Reutlingen, Franz K.

31.07.2014 Heidelberg, Halle 02

02.08.2014 Freiburg, : tbc

03.08.2014 Karlsruhe, Tollhaus: Zeltival

Mehr Informationen: www.strom-wasser.de

19. - 21. September 2014, Evangelische Akademie Bad Herrenalb

Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und seine Umsetzung

Tagung in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Das Programm ist in Kürze auf www.fluechtlingsrat-bw.de eingestellt. Link zur [Evangelischen Akademie](#) (Programm und Anmelde-möglichkeit)

21. - 27. September 2014 **Interkulturelle Woche: "Offene Gesellschaft. Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern"** Das Programm und die Möglichkeit zur Bestellung von Informationsmaterialien gibt es hier:
www.interkulturellewoche.de

Sa, 22. November 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12
Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats
Schwerpunktthema: Europa.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski. Mitarbeit: Marisa Raiser

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Informationen / E-Mail-News"

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de